FDP im Rat der Stadt Bielefeld • Altes Rathaus
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Haupt-, Beteiligungs- und Wirtschaftsausschusses

Herr Oberbürgermeister Clausen

Bielefeld, den 29.08.2023

Ankaufszusage Jahnplatztunnel durch die Stadt

Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Haupt-, Beteiligungs- und Wirtschaftsausschusses am 06.09.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,
zur o.g. Sitzung stelle ich für die FDP-Fraktion folgende Anfrage:

Gibt es eine Einigung/Zusage der Stadt Bielefeld mit/gegenüber dem Eigentümer, den Jahnplatztunnel bzw. entsprechende Nutzungsrechte zu kaufen?

Zusatzfrage 1:

Wann und in welcher Form ist diese Einigung/Zusage abgegeben worden?

Zusatzfrage 2:

Setzt sich die Stadt Bielefeld dem Risiko von Schadensersatzforderungen aus, wenn der Rat einen Ankauf des Jahnplatztunnels ablehnt?

Begründung:

Auf Anfrage der FDP hat die Verwaltung erläutert, dass im Rahmen des laufenden Geschäfts der Verwaltung Gespräche zum Ankauf des Jahnplatztunnels geführt werden. In den letzten Monaten hat der Eigentümer nahezu alle Mietverträge hinsichtlich der Ladenlokale im Jahnplatztunnel gekündigt. Dieses Verhalten erweckt den Anschein dafür, dass der Eigentümer auf einen Ankauf des Jahnplatztunnels durch die Stadt vertraut. Es besteht daher Grund zur Annahme, dass die Stadt insoweit bereits eine Zusage gegeben hat, ohne die zuständigen politischen Gremien zu beteiligen. Zu prüfen ist – gegebenenfalls im Rahmen eines kommunalaufsichtsrechtlichen Verfahrens – ob eine solche Zusage noch als Geschäft der laufenden Verwaltung einzuordnen ist. Daran bestehen erhebliche Zweifel, denn das Oberverwaltungsgericht NRW definiert die Geschäfte der laufenden Verwaltung nach ständiger Rechtsprechung als „die nach Regelmäßigkeit und Häufigkeit üblichen Geschäfte [...], deren Erledigung nach feststehenden Grundsätzen „auf eingefahrenen Gleisen“ erfolgt und die für die Gemeinde unter Berücksichtigung ihrer Größe und Finanzkraft weder wirtschaftlich noch grundsätzlich von wesentlicher Bedeutung sind.“ (OVG NRW, Urteil vom 13.05.2019 – 11 A 2057/17 mit Verweis u.a. auf OVG NRW, Urteil vom 15.12.1969 III A 1329/66). Hierauf hat die Bezirksregierung Detmold bereits mit Schreiben vom 25.01.2023 im Zusammenhang mit dem Umbau des Jahnplatzes hingewiesen. Nach dieser Definition dürfte hier ein Geschäft der laufenden Verwaltung nicht vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl-Schwentker
Fraktionsvorsitzende